

FPÖVP-Regierung: Ratlosigkeit und Widersprüche in der Gesundheitspolitik

Utl.: ÖGB Driemer: Gesundheitsvorsorge kein Feld für Beitragsspekulationen =

Wien (GBH/ÖGB). "Jegliche Diskussion über Bonus oder Malus in der Gesundheitsvorsorge geht am Kern einer zielorientierten Vorsorgepolitik vorbei", ist der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz und ÖGB-Vizepräsident Johann Driemer überzeugt.++++

"Offensichtlich geht es den Regierungsverantwortlichen nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern viel mehr um weitere Entlastungen der Wirtschaft auf Kosten der Gesundheitsvorsorge. Wie unverantwortlich diese Bundesregierung mit Fragen der Gesundheit umgeht, zeigt, dass der Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein die arbeitsmedizinische Betreuung der ArbeitnehmerInnen in den Betrieben drastisch einschränkt und Gesundheits-Staatssekretär Waneck der Vorsorgemedizin die finanzielle Grundlage entzieht", so Driemer weiter.

Die Gewerkschaft Bau-Holz hat bereits in ihrer Studie "Muss Arbeit die Gesundheit kosten" sehr aufschlussreiche Ergebnisse in bezug auf Gesundheit und Volkswirtschaft aufgezeigt und sinnvolle Vorschläge zur Prävention von Arbeitsunfällen und berufsbedingten Erkrankungen erarbeitet - die Bundesregierung aber blockte ab. "Eine verfehlte Gesundheitspolitik gerade in diesen Bereichen verursacht neben menschlichem Leid auch enorme Kosten", warnt Driemer.

So belaufen sich die Folgekosten von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen für die Volkswirtschaft allein im Sektor Bau auf 17 Milliarden Schilling jährlich. 60 % der Bauarbeiter müssen aufgrund schwerster berufsbedingter Erkrankungen und körperlicher Schäden in die Invaliditätspension gehen. Deshalb liegt das durchschnittliche krankheitsbedingte Pensionsalter der Bauarbeiter bei 57 Jahren.

Die Gewerkschaft Bau-Holz fordert daher seit langem die Berücksichtigung schwerster Arbeitsbelastungen sowohl bei der Gesundheitsvorsorge als auch im Pensionsrecht. Individuelle Gesundheitsbetreuung und wiederkehrende Schulungen, beginnend bereits in der Lehrlingsausbildung sowie permanente

Weiterbildung aller Verantwortlichen in bezug auf Gesundheitsvorsorge und ArbeitnehmerInnenschutz sind unerlässlich. "Die Bestrebungen von Bundesminister Bartenstein und Gesundheits-Staatssekretär Waneck gehen also in eine vollkommen falsche Richtung", bekräftigt Driemer.

"Die Regierung soll, statt ständig aus der Hüfte zu schießen und Geldbeschaffungspolitik auf Kosten der Gesundheit zu betreiben, endlich in einen Gesundheitsdialog mit den Gewerkschaften eintreten und konstruktive Vorschläge nicht länger ignorieren", so Driemer abschließend. (lu)

ÖGB, 20. Februar 2001

Nr. 117

Rückfragehinweis: Gewerkschaft Bau-Holz

Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Sonja Schmid
Tel. 01/401 47/246 DW
E-Mail. Sonja.schmid@gbh.oegb.or.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0093 2001-02-20/10:10

201010 Feb 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010220_OTS0093